

Jugendarbeit in Ausbildung und Beruf

Rauschenbach, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rauschenbach, T. (1991). Jugendarbeit in Ausbildung und Beruf. In T. Rauschenbach, H. Gängler, & L. Böhnisch (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände : eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen* (S. 615-630). Weinheim u.a.: Juventa Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-37485>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Thomas Rauschenbach

Jugendarbeit in Ausbildung und Beruf

Die Jugendarbeit ist ihrer Größe und Tradition nach geprägt durch die ehrenamtliche Mitarbeit. Insbesondere in den Jugendverbänden überwiegt nach wie vor das unentgeltliche und freiwillige Engagement von zumeist jungen Männern und Frauen. Gleichwohl hat in den letzten 20 Jahren die Gruppe der ausgebildeten und bezahlten Jugendarbeiter/innen im gesamten Feld der Jugendarbeit zweifelsohne an Bedeutung gewonnen. Und das nicht ohne Grund: „Die Entwicklung der außerschulischen Jugendarbeit – gleich ob in den Jugendverbänden oder kommunalen Stellen – wird nicht zum geringsten davon abhängen, ob es gelingt, genügend und gut ausgebildete hauptamtliche Fachkräfte als Mitarbeiter zu gewinnen“ (Kreckl 1968: 277), so eine Einschätzung aus den späten 60er Jahren. Allerdings war diese Sichtweise keineswegs von Anfang an selbstverständlich.

Jugendpfleger/innen und Jugendführer/innen – Anfänge in Ausbildung und Beruf

1911 war das vielleicht entscheidende Jahr, in dem die politischen Weichen für die Zukunft der Jugendarbeit in Ausbildung und Beruf gestellt wurden. Am 18. Januar dieses Jahres veröffentlicht der preußische Kultusminister den ersten, später berühmt gewordenen „Jugendpflegeerlaß“ (vgl. Die preußischen Ministerialerlasse 1913; zur Bedeutung dieser Erlasse vgl. auch Siemering 1931: 389 ff.; Giesecke 1981: 63 ff.). Jugendpflege sei, so der Erlaß, wegen ihrer hohen Bedeutung für die Zukunft des Volkes eine nationale Aufgabe ersten Ranges. Deshalb sollen die vorhandenen Aktivitäten der Jugendpflege, insbesondere der örtlichen Jugendvereine – allerdings nur insofern sie bereit seien, die Jugend im vaterländischen Geiste zu erziehen – staatlich gefördert werden durch materielle Unterstützung (die jedoch nur zur Förderung der Pflege der schulentlassenen *männlichen* Jugend verwendet werden darf), durch „tatkraftige Mitarbeit zahlreicher Personen in amtlichen Stellungen“ (Samter 1913: 845) sowie durch den Aufbau von koordinierenden Ausschüssen auf Stadt- bzw. Orts-, Kreis- und Bezirksebene. Die eigentliche Bedeutung dieses Erlasses (und seiner Ergänzung durch den Erlaß vom 30. April 1913, der dann auch die Förderung der *weiblichen* Jugend einschloß; vgl. Die preußischen Ministerialerlasse 1913: 862 ff.) liegt aber vor allem darin, daß sich zum ersten Male „Staat und Regierung an die Spitze einer Bewegung“ stellen (Samter 1913: 844). Dabei wirkt die Form der subsidiären Unterstützung ohne bürokratisierend-kontrollierenden Anspruch in bezug auf die konkrete pädagogische Arbeit auch befruchtend auf die vorhandenen, insbesondere konfessionellen Vereinigungen. In dieser Phase und im Zuge dieses Aufwindes werden dann auch vielfach Kreis- und Bezirksjugendpfleger bestellt.

Spuren hinterläßt der Erlaß jedoch noch auf einer anderen Ebene: „Die Arbeit an der Jugendpflege ist in der Regel ehrenamtlich“ (Die preußischen Ministe-

rialerlasse 1913: 858). Mit dieser lapidaren Feststellung hat der Erlass bereits damals „eine weittragende Entscheidung für die Gestaltung der vereinsmäßigen Jugendpflege getroffen“ (Jaeger 1913: 835). Die vergleichsweise große Zahl, vor allem an Lehrern, Pfarrern und Offizieren, die den Appellen des Erlasses folgten, schien dieser Feststellung recht zu geben – zumal im Kontext einer selbstorganisierten Jugendbewegung und einer damals ohnehin in fast allen Teilen ehrenamtlich arbeitenden Wohlfahrtspflege (vgl. Sachße 1986). Nichtsdestotrotz werden jedoch auch in jener Zeit bereits Stimmen laut, die zumindest für großstädtische Verhältnisse konstatieren, daß die dort anstehenden Aufgaben für die leitenden Kräfte nicht mehr im neben- und ehrenamtlichen Dienste zu bewältigen seien. Neben den vielen kleineren Aufgaben, die von freiwilligen Helfern geleistet werden können, „bedarf es einer zusammenfassenden, organisierenden und leitenden Persönlichkeit in den Vereinen, eines Erziehers, der Zeit und Kraft übrig behält, dem einzelnen Mitgliede sich zu widmen und ihm nachzugehen“ (Jaeger 1913: 836). Da dies aber z.B. von den Pfarrern nicht mehr zu leisten war, „haben wohl zunächst die konfessionellen Vereine mit der Anstellung hauptamtlicher Jugendpfleger begonnen, so die christlichen Vereine junger Männer mit der Berufung von Vereinssekretären, kirchliche Jugendvereine oder Kirchengemeinden mit der Freistellung ihrer Gemeindehelfer zum Zwecke der Jugendpflege“ (ebd.). 1911 war allerdings auch das Jahr, in dem erstmals staatlich geprüfte Jugendleiterinnen die nunmehr staatlich anerkannten, jedoch (seit 1880) in privater Initiative entstandenen Fachseminare in Berlin, Kassel und Frankfurt verließen (vgl. Besser 1965). Dies war das offizielle Startzeichen für einen Ausbildungsgang, der sehr viel später den *sozialpädagogischen* Strang im Ausbildungsspektrum der sozialpflegerischen Berufe bilden sollte – neben dem Zweig der *Sozialarbeit*, der aus der Fürsorgerinnen- und Wohlfahrtspflegerinnen-Ausbildung hervorgegangen ist. Zu dieser, damals einjährigen Ausbildung zur Jugendleiterin in Aufbauform wurden nur ausgebildete Kindergärtnerinnen zugelassen, sofern sie die geforderten Zeiten einer beruflichen Tätigkeit nach Abschluß dieser Erstausbildung nachweisen konnten (ursprünglich ein Jahr, ab 1922 zwei Jahre und ab 1932 schließlich drei Jahre). Die in dieser Form ausgebildete Jugendleiterin wurde so zu einer Art gehobenen, hochqualifizierten Kindergärtnerin mit neuen und erweiterten beruflichen Möglichkeiten, u.a. im Bereich der außerschulischen Erziehung und der Jugendpflege. Wenn auch noch nicht in bedeutendem Umfang, so war die Jugendleiterinnen-Ausbildung dennoch ein möglicher Zugangsweg für die in bescheidener Zahl hauptberuflich tätigen Frauen in den Jugendvereinen und -verbänden der damaligen Zeit.

Von heute aus betrachtet wurde mit dieser Anfangsentwicklung in jenen Jahren bereits eine Personal- und Ausbildungsstruktur für den Bereich der Jugendpflege vorgezeichnet, die zumindest ansatzweise der 40jährigen bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte dieses Feldes gleicht: ein Nebeneinander von Haupt- und Ehrenamtlichen, von Ausgebildeten und Nicht-Ausgebildeten bzw. von unterschiedlichst Qualifizierten. Im Unterschied zu heute fällt jedoch in punkto Ausbildung im Bereich der Jugendpflege der damaligen Zeit die vielfach gemeinsame Qualifizierung aller beteiligten Personen auf, also der freiwilligen Helfer neben den bestellten, nebenamtlichen Jugendpflegern, der „nur“ Interessierten neben den beruflich Involvierten (vgl. Hirtsiefer 1930: 25). 1911 etwa wur-

den auf diese Weise in Preußen bereits 366 Aus- und Fortbildungskurse für „Jugendpfleger“ aller Art durchgeführt, und an den 434 Kursen, die ein Jahr später stattfanden, haben dann 22.139 Personen teilgenommen (vgl. Samter 1913: 846). Darunter „haben sich 11.755 Lehrer und 2.870 Lehrerinnen befunden, neben ihnen 277 Schulaufsichtsbeamte, 686 Geistliche und 834 Beamte aller Art, während der Rest sich auf die verschiedenen Berufe verteilt“ (ebd.). Bei diesen zumeist ein- bis zweiwöchigen Kursen (vgl. Classen 1913; Richter 1932) war so ziemlich alles vertreten, was sich – in welcher Form, in welchem Ausmaß und in welchem Status auch immer – mit Fragen der Jugendkunde und der organisierten Jugendpflege beschäftigen wollte.

Daneben gab es aber auch erste Versuche einer „Sonderausbildung“ für angehende Jugendpfleger mit hauptamtlichen Aufgaben (vgl. Jaeger 1913: 836 f.). 1912 wurde dazu eigens für diese Gruppe ein erster siebenmonatiger Kurs in Frankfurt/M. angeboten, dem kurz darauf ein zweiter folgte und aus denen zusammen „insgesamt fünfzehn für die Aufgabe hauptamtlicher Jugendpflege befähigte Jugendpfleger hervorgegangen“ sind (ebd.: 840; zu weiteren Aktivitäten eigenständiger Ausbildungen vgl. Richter 1932: 52 ff.). Die Ausbildungskonzeption für diese noch bescheidene Zahl hauptamtlicher Jugendpfleger basierte dabei auf der Trias von theoretischem Vormittagsunterricht, praxisorientiertem Nachmittagsunterricht und abendlicher Beteiligung am konkreten Vereinsleben (zur Gliederung dieser Ausbildung vgl. Jaeger 1913: 837 ff.). Derartige Sonderausbildungen haben sich jedoch in der Weimarer Zeit als eigenständige Ausbildungsform nicht etablieren können: So sind die entsprechenden Aufbaubemühungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Form der Gründung einer Jugendpflegeschule – 1919 in Berlin-Ost – frühzeitig, d.h. bereits nach zwei Kursen Mitte 1920 sowohl der Inflation (vgl. Richter 1932: 54) als auch der Auflösung der Zentralstelle selbst zum Opfer gefallen.

In der Folgezeit blieb dann auch die weitere Entwicklung einer Qualifizierung der Jugendpflege ungeklärt zwischen der Forderung eigenständiger Ausbildungen einerseits und deren Einbindung in die allgemeineren sozialpädagogischen Curricula einer stark expandierenden Wohlfahrtspflegerinnen-Ausbildung andererseits. Und keineswegs einheitlich beurteilt wurde erwartungsgemäß auch das Ausmaß und die Notwendigkeit einer beruflichen Jugendpflege im Angesicht eines dominierenden Ehrenamtes. Die darin liegenden Ungereimtheiten hatte wohl auch Gertrud Bäumer vor Augen, als sie formulierte: „Schließlich hat sich mit der organisatorischen Entwicklung der Jugendpflege und Jugendführung ein Arbeitsgebiet für die berufliche Tätigkeit ergeben, dessen Anforderungen . . . durchaus eigenartige sind. Auch dieses Gebiet hat – so weit überhaupt – seine Ausbildungsfragen innerhalb seiner eigenen Grenzen ohne Beziehung zu den anderen behandelt“ (Bäumer 1929: 210). „So weit überhaupt“ – zumindest für sie schien die Qualifizierung in der Jugendpflege in einem ungeklärten und unbefriedigenden Zustand zu sein.

Unterhalb der Stoßrichtung der monierten Defizite hatten unterdessen die *Schulungsangebote in Kurzform* für den gesamten Bereich der Jugendpflege (inkl. der Sportjugend) in Form von Jugendpflegelehrgängen auf Bezirksebene im Preußen der 20er Jahre einen offenkundigen Aufschwung genommen. Aus einer Zusammenstellung für die Jahre 1919 bis 1928 wird beispielsweise ersichtlich, daß insge-

samt 472.435 Personen, also im Schnitt über 40.000 pro Jahr an entsprechenden Lehrgängen in diesem Zeitraum teilgenommen haben (vgl. Hirtsiefer 1930: 26 f.). Und ein Jahr später, 1929, haben sich in einem einzigen Jahr sogar 94.643 Jugendführer/innen und Jugendpfleger/innen an derartigen Veranstaltungen beteiligt, davon ca. 20% an Lehrgängen für Leibesübung (vgl. dazu ausführlich Richter 1932: 55 ff.). Wenn sich auch auf der *Ausbildungsebene* angesichts der versandeten Jugendpflegerlehrgänge vorerst keine konkreten Perspektiven abzeichneten, so hatte sich in den 20er Jahren doch einiges bei der Anstellung von Jugendpfleger(inne)n getan. Zunächst grundsätzlich nur im Nebenamt und ehrenamtlich in der Jugendpflege tätig und durch den Krieg als Gruppe erheblich zusammengeschmolzen, sind die Kreis- und Bezirksjugendpfleger/innen seitdem „in großem Umfang wieder ergänzt worden“ (Siemering 1931: 397). So gab es im Jahre 1919 in Preußen 4 Bezirksjugendpfleger, 1 Bezirksjugendpflegerin, 325 Kreisjugendpfleger und 62 Kreisjugendpflegerinnen. Und zehn Jahre später, 1929, sah das Bild wie folgt aus: 34 Bezirksjugendpflegern standen nunmehr bereits 20 Bezirksjugendpflegerinnen gegenüber, neben 659 Kreisjugendpflegern gab es immerhin 362 Kreisjugendpflegerinnen (vgl. Hirtsiefer 1930: 16). Innerhalb von zehn Jahren stieg also nicht nur die Gesamtzahl der Jugendpfleger/innen um das Dreifache von 392 auf 1.075, vielmehr breitete sich in diesem Zeitraum insbesondere die *weibliche Jugendpflege* überdurchschnittlich aus.

Allerdings wurde auch Ende der 20er Jahre immer noch der allergrößte Teil dieser Jugendpfleger/innen *ehrenamtlich* durch die Regierungspräsidenten – auf Vorschlag der Landräte – bestellt. Dabei konnte das Ansinnen des Städtetages im Jahre 1928, wenigstens in großen Städten *beamtete und bezahlte Jugendpfleger* einzustellen, schon aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Anfang der 30er Jahre konstatiert beispielsweise Siemering: „Unter den Bezirksjugendpflegern und Bezirksjugendpflegerinnen sind mehrere als solche hauptamtlich tätige Kräfte. Dabei handelt es sich vielfach um beurlaubte Lehrpersonen. Dem Hauptberuf bzw. der Berufsausbildung nach sind zahlreiche Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen Lehrer und Lehrerinnen, insbesondere technische Lehrkräfte, darunter viele Turnlehrer. Unter den Kreisjugendpflegerinnen spielt auch die Fürsorgerin zahlenmäßig eine Rolle. Frauen ohne anderen Beruf sind ganz selten“ (Siemering 1931: 397). Sofern es also überhaupt hauptamtliches Personal in der Jugendpflege gab, handelte es sich zumeist um beurlaubte Lehrkräfte ohne eine vertiefende, einschlägige Ausbildung. Verfächlichung und Verberuflichung blieben also vorerst getrennt.

„Leider hat sich bis zum heutigen Tage die *hauptamtliche Anstellung der Bezirksjugendpfleger und -pflegerinnen* trotz fortgesetzter nachdrücklicher Bemühungen des Ministeriums . . . noch nicht durchsetzen lassen. Vielmehr ist die Lage auch heute noch so, daß die Bezirksjugendpfleger(-innen) aus den Reihen der Lehrkräfte der verschiedensten Arten von Schulen gewählt werden müssen, die dann aus ihrem Hauptamte beurlaubt werden. Einige von ihnen sind aus freien Berufen hervorgegangen, sie sind auf Privatdienstvertrag angestellt. (. . .) Noch viel weniger konnte natürlich an die hauptamtliche Anstellung von Kreisjugendpflegern und -pflegerinnen gedacht werden, obgleich erst durch sie die Gewähr geboten wäre, daß die Jugendpflege des Kreises sich lebendig entwickelt“ (Hirtsiefer 1930: 17).

Der wahrscheinlich entscheidende Punkt, der so eine Art Professionalisierungsbremse innerhalb der Jugendpflege bildete, war die Auflage, daß die öffentlichen

Förderungsmittel und Beihilfen nicht zur Deckung von Personalkosten verwendet werden durften (vgl. Giesecke 1981: 143 ff.). Diese Verordnung ermöglichte zunächst nur Verbänden mit ausreichenden und gesicherten Eigenmitteln (etwa den Kirchen) die Anstellung bezahlten Personals. Und sie verhindert bzw. erschwert zumindest z.T. bis heute – eingebaut in das Förderungsinstrument des Bundesjugendplans (vgl. auch Collm und Müller-Stackebrandt, in diesem Band) – eine freie, inhaltlich begründete Entscheidung für oder gegen die Bezahlung des Personals in der Jugendarbeit vor Ort.

Die hier skizzierten Entwicklungslinien der Jugendpflege bis zum Ende der 20er Jahre dokumentieren zwar die von Anfang an vorhandenen Konsolidierungsbestrebungen um eine angemessene Ausbildung und berufsmäßige Organisation der Arbeit. Die konkreten Erfolge waren letztlich aber – auch im Vergleich zur sonstigen Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege – bescheiden. Dies hing unverkennbar auch damit zusammen, daß die verbandlich und öffentlich organisierte Jugendpflege konzeptionell nach wie vor an der Ehrenamtlichkeit und der darauf bezogenen Qualifizierung dieser Mitarbeiter/innen – in Kurs- und Kurzform – festhielt, ganz im Unterschied zu der ursprünglich zwar ebenfalls ehrenamtlich organisierten, inzwischen jedoch verberuflichten (Armen-)Fürsorge (vgl. Sachße 1986). So beschränkte sich das Qualifizierungsangebot für die Jugendpflege denn folgerichtig in aller Regel auch auf solche Kurse und Lehrgänge, die bis heute bestenfalls als Schulungsmöglichkeiten für ehren- und nebenamtliches Personal ihren Sinn haben.

Angesichts dieser Lage kommt infolgedessen auch Kurt Richter, damals zuständiger Jugendpflegereferent im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, in seiner Bilanz Anfang 1932 zu dem eindeutigen Schluß, daß derartige Angebote aufgrund der enorm ausgeweiteten und weiterentwickelten Jugendpflege höchstens Notbehelfe sein können und keineswegs ausreichen. Die bestehenden Strukturen könnten die Mängel in der Jugendpflege nicht auffangen. Eine andere Personalstruktur und Qualifizierung sei, so Richter, vonnöten. Ihmzufolge müßte deshalb „eine längere wissenschaftliche und praktische Einführung in dieses weite Arbeitsgebiet in besonderen Anstalten, die vom Staate oder von freien Organisationen einzurichten wären – Seminaren, Akademien oder wie man sie sonst benennen will – das Ziel der Führerschulung bleiben“ (Richter 1932: 60).

Daß es bereits die staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen und sozialen Frauenschulen gab, in denen seit der Prüfungsordnung von 1920 Jugendwohlfahrtspflege von den angehenden Wohlfahrtspflegerinnen als Hauptfach gewählt werden konnte, reichte seines Erachtens nicht aus, weil dann wiederum ergänzende Bildungs- und Schulungsstätten für ehren- und nebenamtlich Tätige fehlen würden. Ihm schwebte eine andere, eine für Haupt- und Ehrenamtliche gemeinsame „Krönung des Ganzen“ vor: „eigene Ausbildungs- und Forschungsstätten für die Jugendkunde und die Jugendführung, die in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren hauptamtliche und in kürzeren Kursen ehrenamtliche Führer und Führerinnen der schulentlassenen Jugend nach Art der Hochschulen aus- und weiterbilden“ (ebd.). Die „Ungunst der Zeiten“ und der Nationalsozialismus sollte dieses Ziel vorerst in weite Ferne rücken.

Von der Jugendpflege zur Jugendarbeit. Ausbildung und Beruf im Nachkriegsdeutschland

Waren „Jugendbewegung“, „Jugendpflege“ und „Jugendführer“ die vielleicht markantesten Begriffe für die Entwicklung dieses gesellschaftlichen Bereiches in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, so wurden diese in der bundesrepublikanischen Nachkriegsära – als gleichsam sprachlicher Versuch einer Neuorientierung – ersetzt durch die neutraleren und sachlicheren Etikette „Jugendarbeit“ und „Jugend(gruppen)leiter“: „Wir sprechen heute ... von ‚Jugendarbeit‘ und bringen damit zum Ausdruck, daß all das Tun und Streben im Raum der freien Jugendpflege nicht einer gemeinsamen jugendlichen Spontanität entspringt, sondern daß hier – wenn auch mit Idealismus – in mühsamem Werk Stein auf Stein gefügt werden muß“ (Faltermaier 1950: 257). Jugendpfleger/innen wurden in der Folgezeit dann auch nur noch die auf kommunaler Ebene angestellten Jugendarbeiter/innen genannt (Stadt- und Kreisjugendpfleger/innen).

Das hieraus resultierende neue Selbstverständnis, daß die Organisation von Jugendarbeit nicht nur eine Frage der Spontanität, Bereitschaft und des guten Willens Einzelner ist, sondern eben auch „mühsame“ Arbeit sein kann, für die man qualifiziert und ggfs. auch bezahlt werden muß, fand nur zum Teil und erst mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen in den Ausbildungen und der Jugendarbeitspraxis seinen Niederschlag. In den 50er und frühen 60er Jahren waren die ausbildungs- und berufsbezogenen Diskussionen zur Jugendarbeit gekennzeichnet von der neuerlichen Kontroverse um die Notwendigkeit einer eigenständigen Ausbildung für das Feld der Jugendarbeit einerseits (gegenüber einer einheitlichen und gemeinsamen sozialpädagogischen Ausbildung) sowie den unterschiedlichsten Vorschlägen und Reformbestrebungen zu Dauer, Form und Inhalt einer angemessenen (Jugendarbeiter-)Ausbildung andererseits.

So formuliert etwa Elisabeth Siegel in einem Überblicksartikel über sozialpädagogische Berufe Ende der 50er Jahre eher selbstverständlich, daß es inzwischen zwar ein Arbeitsfeld für Jugendpfleger/innen mit einem typischen Bedarf gebe, daß es dafür aber dennoch „aus guten Gründen keine Sonderausbildung gibt (außer in Lehrgängen der Stadt Berlin)“ (Siegel 1961: 904). Das hierzu benötigte hauptberufliche Personal käme bei den Männern meist aus den Schulen für Sozialberufe, bei den Frauen darüber hinaus auch aus den Jugendleiterinnen-Seminaren (deren Ausbildungsdauer ab 1949 auf 1 1/2 Jahre und ab 1956 dann auf zwei Jahre verlängert wurde; vgl. dazu Besser 1965).

Diese „guten Gründe“, wie E. Siegel dies formulierte, scheinen aber keineswegs von allen Beteiligten geteilt worden zu sein. Zumindest gab es immer wieder Überlegungen in andere Richtungen, sei es zum Aufbau von eigenen „Jugendsozialschulen“ (vgl. Lades 1957a; Lattke 1957), zur Entwicklung einer „Akademie für Jugendarbeit“ (vgl. Lades 1957a; v. Mann 1957) oder zumindest einer eigenständigen und gleichberechtigten Ausbildung für den Bereich der Jugendarbeit neben der bereits etablierten Fürsorge unter dem gemeinsamen Oberbegriff des Sozialwesens (vgl. Lades 1957a und b). Daneben wurden aber auch konkrete Lehrgänge zur Ausbildung von Jugendpflegern angeboten, so etwa ab 1956 die bislang einzige eigenständige Vollausbildung im „Haus am Rupenhorn“ in Berlin

sowie eine Art Ergänzungsausbildung auf der Basis einer Sonderregelung für angehende Jugendpfleger in Bayern: Nach einer Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 4.6.1958 war dort eine Sonderprüfung zum staatlich anerkannten Jugendpfleger unter Mitwirkung des Bayerischen Jugendrings Voraussetzung für die Zahlung von Personalkostenzuschüssen bei der Einstellung von ausgebildeten Sozialpädagogen/Sozialarbeitern als kommunale Jugendpfleger. Daneben existierte noch eine Sonderform der Jugendpflegerausbildung im katholischen Jugendleiterseminar in Altenberg, die nach einer 4jährigen Ausbildung zum „staatlich geprüften Jugendleiter“ führte (vgl. Zweiter Jugendbericht 1968: 58 f.). Trotz dieser Versuche war aber letztlich allein der Mangel an hauptberuflichem Personal (vgl. etwa Lades 1957a; Westphal 1959), keineswegs aber die Form der Ausbildung unstrittig.

In der Praxis pendelte die Jugendarbeit unterdessen auch nach dem Krieg wieder zwischen hauptamtlichen, aber meist aus anderen Berufen stammenden Mitarbeiter(inne)n (vgl. Lades 1957a) und einer nach wie vor großen Zahl ehrenamtlicher Kräfte. Die Jugendarbeit in den Verbänden, so resümiert Müller-Schöll (1957) damals auf der Basis einer Umfrage bei den Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendringes, ruhe nach wie vor auf den Schultern ehrenamtlicher Kräfte: „Von 100 Mitarbeitern sind durchschnittlich 90 ehrenamtlich und 10 hauptamtlich tätig“ (ebd.: 512). Demzufolge müsse man der Ausbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter Vorrang geben, zumal von diesen überhaupt nur jeder zweite eine, häufig nur kurz dauernde Schulung mitgemacht habe, während die anderen 50% „reine Autodidakten“ seien (ebd.).

Dennoch wurden Fragen der Fortbildung hauptamtlicher Kräfte in der Jugendarbeit ebenso diskutiert (vgl. etwa Mayer-Kulenkampff 1957) wie die besonderen Probleme der hauptamtlichen Mitarbeiter in diesem Feld (vgl. etwa Klieme 1965). Das zentrale Thema dieser Jahre war jedoch zweifellos die Reform und Verbesserung der Ausbildung (vgl. Hasenclever 1957; deutsche jugend 1959; Zeit 1962; Hasenclever 1965; Kreckl 1965, 1968).

In diesem Zusammenhang gab es vielfältige und immer wieder kontrovers beurteilte Thematiken, die sich auch in unterschiedlichen Konzepten und Sonderregelungen in den einzelnen Bundesländern niederschlugen. Dies kann als ein Beleg für die unabgeschlossene Entwicklung in diesem Bereich und für diese Zeit gewertet werden. Gegenstand kontroverser Debatten war etwa: das Niveau der Ausbildung zwischen Fachschulen und der Anhebung zu Höheren Fachschulen oder „Bildungsstätten eigener Prägung“ im Rang der Pädagogischen Hochschulen; die Frage der Eigenständigkeit und des Profils einer Ausbildung (etwa zum Sozialerzieher) in größeren und besser ausgestatteten Ausbildungsstätten; die angemessene Dauer der Ausbildung von 3 oder 4 Jahren (jeweils plus einjährigem Berufspraktikum); das Dauerthema einer angemessenen Ausbildungskonzeption in Anbetracht der vielbeschworenen „Einheit der Jugendhilfe“, möglichst vielfältiger Verwendbarkeit und einer aufgabenspezifischen Spezialisierung; die Fragen einer Vereinfachung der Zugangsbedingungen, einer sorgfältigen Beschränkung des zu komplexen Unterrichtsstoffes und der Vereinheitlichung der verschiedenen sozialpädagogischen Ausbildungswege; die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer engeren Verzahnung von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung – um nur einige der damals diskutierten Themen zu nennen.

In dieser Zeit, bis Mitte der 60er Jahre, bestand zwar Einigkeit über den Reformbedarf der vorhandenen sozialen Ausbildungen – zumal angesichts eines immer offenkundiger werdenden Mangels an hauptberuflichem Personal in der Jugendhilfe eine erhöhte Attraktivität erreicht werden mußte –; unklar war jedoch der Weg (vgl. Flitner 1968). Infolgedessen wurden in jenen Jahren in kurzen Abständen mehrere Veränderungen in den einzelnen Bundesländern beschlossen und verschiedene Modelle versuchsweise erprobt: Die vorhandenen Ausbildungskonzepte waren in Bewegung geraten, das Ende dieser Entwicklung offen (vgl. etwa Zweiter Jugendbericht 1968: 62 ff.).

So fanden denn auch nach mehreren Zwischenschritten und einer eher verwirrenden Lage in den 60er Jahren die entscheidenden Veränderungen für die heutige Jugendarbeit erst Anfang der 70er Jahre einen gewissen Abschluß – im Anschluß an das sich wandelnde Selbstverständnis der Jugendverbände nach St. Martin mit der neuen Programmatik einer „vergesellschafteten Jugendarbeit“. Durch ein rasches Anwachsen der von vorneherein ungleich stärker beruflich organisierten Offenen Jugendarbeit, durch einen allgemein stärker werdenden Professionalisierungsdruck (vgl. auch Böhnisch u.a. 1980: 59 ff.) und nicht zuletzt durch die Reformen und den Ausbau des Ausbildungswesens für soziale und pädagogische Berufe kam dann auch innerhalb der Jugendverbände Bewegung in die Diskussion über die Bedeutung, Stärken und Grenzen einer stärker professionell und beruflich aufgebauten Jugendverbandsarbeit.

Dementsprechend erfolgte in diesen Jahren auch eine Expansion der hauptamtlichen Stellen: Beim Hessischen Jugendring z.B. wurde 1968, so Böhnisch/Münchmeier (1987: 205), der erste Referent eingestellt und 1985, nicht einmal 20 Jahre später, arbeiteten bei den 17 Mitgliedsverbänden des HJR in inzwischen insgesamt immerhin 45 hauptamtliche Referent(inn)en (vgl. auch Böhnisch u.a. 1980: 28 f.). Auch wenn mit dieser Entwicklung bislang, zumindest für die Jugendverbände, keineswegs das Konzept einer ehrenamtlichen Jugendarbeit grundsätzlich in Frage gestellt worden ist, so dürfte dennoch mit dem Einzug der hauptamtlichen Jugendarbeiter/innen und -referent(inn)en – vor allem in den Stabsstellen auf Landes- und Bundesebene der Jugendverbände – ein qualitativer Einschnitt verbunden sein. Verfachlichung und Verberuflichung sind in diesem Rahmen nicht mehr wegzudenkende Themen und Herausforderungen für die Jugendarbeit geworden.

Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugendarbeit in den 80er Jahren

Trotz dieser Entwicklungen ist die Jugendarbeit auch in den 80er Jahren nicht zu einem Berufsfeld avanciert, dem eine herausragende Bedeutung oder gar eine Sonderrolle zukommt, wenngleich sich die Qualifikationsangebote zum/r Berufs-Jugendarbeiter/in ganz offenkundig verändert haben. Zwar hat sich im Verlauf der vielfältigen Ausbildungsreformen letztlich keine eigene Jugendarbeits-Ausbildung etablieren können. Aber dennoch wurde zum einen der erzieherische und jugendpflegerische Strang der Ausbildung in einer nunmehr eigenständigen *sozialpädagogischen* Studienrichtung, die in der ursprünglich nur für Frauen zu-

gänglichen Jugendleiterinnen-Ausbildung sowie in der später hinzukommenden Sonderausbildung für Heimerzieher ihre Vorläufer hatte, ausgebaut und konsolidiert. Hierdurch hat sich auch das quantitative Ungleichgewicht zwischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik nach und nach nivelliert, wurde der „pädagogische Anteil“ der Ausbildung verstärkt. Zweitens wird der allergrößte Teil der Jugendarbeiter/innen inzwischen – seit Anfang der 70er Jahre – an Fachhochschulen und Universitäten in vier- bis fünfjährigen Studiengängen ausgebildet und mit einem Diplom versehen. Damit dürfte mittelfristig auch eine gewisse Aufwertung des Berufsprofils „Jugendarbeiter/in“ in der Öffentlichkeit verknüpft sein. Drittens hat sich durch die Integration der Ausbildung in die Hochschulen die Jugendarbeit auch längst zu einem eigenen Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung entwickelt. Und viertens schließlich nahm im Zuge dieser Entwicklung zudem der Anteil der fachlich einschlägig ausgebildeten Erwerbstätigen innerhalb der Jugendarbeit erkennbar und konstant zu. Daraus ist zu schließen, daß sich die Mitarbeiterstruktur der Jugendarbeit und damit auch die Jugendarbeit selbst über die Reform der sozialpädagogischen Ausbildungen und infolge eines allgemeinen Professionalisierungsschubes Sozialer Arbeit entscheidend verändert hat.

Um später einmal im Bereich der Jugendarbeit und der Jugendverbände berufstätig zu werden, besteht heutzutage die Möglichkeit, sich im Rahmen der Sozial- und Diplom-Pädagog(inn)en-Ausbildungen an Fachhochschulen und Universitäten für diese Arbeit zu qualifizieren. An rund 50 *Fachhochschulen* für Sozialpädagogik/Sozialarbeit – davon zwei Drittel in öffentlicher Trägerschaft – werden heute ca. 7.000 Abgänger/innen pro Jahr mit einem Diplom versehen, davon rund 70% Frauen (vgl. dazu ausführlich Rauschenbach 1990). Im Rahmen dieser vierjährigen Ausbildung kann, zumeist im Hauptstudium, zwischen verschiedenen Problembereichen/Tätigkeitsfeldern Sozialer Arbeit gewählt werden. Wenngleich der weitaus größte Teil der Fachhochschulen eine entsprechende Wahlmöglichkeit auch im Bereich der Jugendarbeit anbietet, sei es vergleichsweise konkret als „Jugendarbeit“, sei es als „Jugend- und Erwachsenenbildung“ oder sei es eher allgemein als „Jugendhilfe“, so ist doch der Grad der entsprechenden Ausdifferenzierung dieser Studienschwerpunktmöglichkeiten im Hauptstudium sehr uneinheitlich und schwer vergleichbar (vgl. Kreutz/Landwehr/Wuggenig 1979; Pfaffenberger 1986). Bundesweite Daten darüber, wieviele Studierende insgesamt den Schwerpunkt Jugendarbeit wählen oder anstreben, liegen aus diesem Grund auch nicht vor.

An ebenfalls knapp 50 Wissenschaftlichen Hochschulen und *Universitäten* werden heute erziehungswissenschaftliche Diplomstudiengänge angeboten, davon an rund der Hälfte die Studienrichtung Sozialpädagogik. Von den ca. 2.000 bis 2.500 Diplom-Absolvent(inn)en aller Studienrichtungen pro Jahr – mit einem inzwischen ebenfalls auf 70% ansteigenden Anteil von Frauen – dürfte sich ungefähr die Hälfte auf die Studienrichtung Sozialpädagogik und somit auf das Feld der Jugendhilfe im weiteren Sinne spezialisiert haben (vgl. Knierim/Trede 1988; Rauschenbach 1990). Innerhalb der Studienrichtung Sozialpädagogik kann dann wiederum an einigen Hochschulen – ähnlich der Fachhochschulausbildung – Jugendarbeit, Jugend- und Erwachsenenbildung etc. als Schwerpunkt im Hauptstudium gewählt werden. Zwar lassen sich auch hierzu keine genaueren Zahlenangaben machen, doch ist davon auszugehen, daß nur ein Teil der so Ausgebildeten

dieses Fachgebiet tatsächlich wählt und somit von den Universitäten keine quantitativ ins Gewicht fallende Zahl von Absolvent(inn)en in die Jugendarbeit strömt (Ende 1986 waren, je nach Zählweise, etwa 800 bis 1.000 Diplom-Pädagog(inn)en in der Jugendarbeit berufstätig; vgl. Statistisches Bundesamt 1988: 46).

Aber dennoch: Mit diesem Studienkonzept – im theoretischen Teil ein Jahr länger, in der fachpraktischen Ausbildung zumeist deutlich kürzer als das Fachhochschulstudium, ansonsten diesem aber nicht unähnlich – und mit dem Diplomstudiengang insgesamt existiert seit Anfang der 70er Jahre nunmehr auch ein universitärer Studiengang, der mit einer fachlich einschlägigen, akademischen Ausbildung den direkten Weg in die Jugendarbeit eröffnet und damit auch die Kluft zwischen Wissenschaft, Forschung, Ausbildung und Praxis, die vielfach beklagt wurde (vgl. etwa Hasenclever 1957: 311; v. Mann 1957: 317; Hasenclever 1965: 264; Kreckl 1965: 269), zu überbrücken hilft. Gleichwohl stößt diese vermeintliche Besonderheit einer akademischen Qualifikation für pädagogische Aufgaben – die für den Bereich „Schule“ längst auf allen Stufen realisiert ist – in einer in diesem Punkt immer noch kontroversen Jugendarbeit nach wie vor auf Skepsis.

Diese Bedenken basieren z. T. auch auf einem ausbildungsspezifischen Dilemma: Im Verhältnis zu einem so konkreten Tätigkeitsbereich wie der Jugendarbeit mit seinen vielfältigen und diffus-alltäglichen Erfordernissen sind die arbeitsfeldübergreifenden sozialpädagogischen Ausbildungen an Fachhochschule und Universität aus naheliegenden Gründen viel zu generalistisch aufgebaut und konzipiert. Diese breiter angelegte Orientierung wird zwar dem sehr unübersichtlichen und vielschichtigen Arbeitsmarktsegment für soziale Berufe in seiner Gesamtheit besser gerecht und eröffnet den Ausgebildeten noch am ehesten eine, vielfach geforderte, breite berufliche Flexibilität. Unzulänglich – und dies ist eine oft wiederholte Kritik (nicht nur) der Jugendarbeitspraxis gegenüber den diversen Ausbildungen – bleibt dieses Konzept jedoch mit Blick auf die detailreichen Kenntnisse und Fertigkeiten, die in einem so unkalkulierbaren Gebiet wie beispielsweise der Jugendarbeit notwendig sind.

Die Hochschulen reagieren auf diesen Vorbehalt mangelnder Praxistauglichkeit ihrer Abgänger/innen unterschiedlich: mit einer stärkeren Spezialisierung auf einzelne Arbeitsfelder im Studium einerseits, mit einer Ausweitung der Praxisanteile in der Ausbildung etwa in Form von Praktika andererseits oder aber mit dem Konzept eines exemplarisch-intensiven Projektstudiums (vgl. hierzu Hafener, in diesem Band). Unterdessen stoßen alle diese Varianten im Rahmen einer immer auch allgemein zu haltenden sozialpädagogischen Ausbildung auf ihre natürlichen Grenzen: sei es in punkto Zeit, personeller Kapazität und Intensität, sei es in bezug auf eine (erst-)fallbezogene Authentizität. Nicht nur deshalb werden künftig, in Sonderheit für Berufsanfänger/innen, verstärkt Formen einer konkreten, *arbeitsplatzbezogenen Berufseinstiegsfortbildung* in Zusammenarbeit von Ausbildung und Praxis erprobt werden müssen, die für angehende Jugendarbeiter/innen erst nach Abschluß ihres Studiums, aber in Verbindung mit dem Antritt einer Stelle anzubieten wären (ähnliche Überlegungen finden sich bereits in den 50er und 60er Jahren; vgl. Klieme 1965: 276; Kreckl 1965).

Der aktuelle Arbeitsmarkt in der Jugendarbeit

Nach einer zunächst langen Phase einer eher unauffälligen Entwicklung des Berufsfeldes Jugendarbeit ist hier in den letzten 20 Jahren doch eine erstaunliche Dynamik entstanden. Deutlich wird dies an den Personaldaten der Jugendhilfe-statistik (vgl. Statistisches Bundesamt 1977, 1985, 1988). Dieser Statistik zufolge waren zuletzt (Stichtag: 31.12.1986) 13.914 Personen im Bereich der „Jugendzentren, Jugendfreizeitheime, Häuser der offenen Tür“, 1.572 in „Jugendheimen“, 1.579 auf „pädagogisch betreuten Spielplätzen u.ä.“ sowie 4.188 Personen in „Jugendtagungsstätten und -bildungsstätten“ tätig (vgl. hierzu und zum folgenden Statistisches Bundesamt 1988). Hinzu kommen noch 1.253 Personen, die bei Jugendverbänden oder Jugendringen in Geschäfts- und Stabsstellen sitzen sowie rund 650 ebenfalls dort angestellte, jedoch mit spezielleren Aufgaben betraute Personen. Rechnet man alle diese Zahlen zusammen, um damit annäherungsweise das gesamte Feld der Jugendarbeit zu umfassen, so wären demzufolge bei den Kommunen, eingetragenen Vereinen, Kreisjugendringen, Jugendverbänden oder anderen Trägern mehr als 23.000 Personen in der Jugendarbeit tätig. Dies entspräche einem Anteil von über 7,7% an allen 300.292 Beschäftigten in der Jugendhilfe, wobei Praktikant(inn)en, Zivildienstleistende und Angehörige des Freiwilligen Sozialen Jahres, nicht aber Ehrenamtliche eingerechnet sind.

Schlüsselt man diese Personengruppe – auch im Vergleich zur gesamten Jugendhilfe (vgl. hierzu Rauschenbach/Bendele/Trede 1988) – genauer auf, so zeigt sich folgende Detailstruktur:

- Im Bereich der Jugendarbeit sind die öffentlichen *Anstellungsträger* zwar etwas stärker vertreten als im Gesamtschnitt der Jugendhilfe, dennoch überwiegen die freien Träger auch hier als Arbeitgeber (direkt bei den Jugendringen und Jugendverbänden sind z.B. 3.817 Personen in Diensten). Somit verfügt auch die Jugendarbeit der freien Träger und Jugendverbände über ein nicht unbe-deutendes Netz an Hauptamtlichen.
- Hinsichtlich der *Geschlechterverteilung* fällt auf, daß Männer und Frauen etwa in gleichem Umfang in der Jugendarbeit tätig sind, ganz im Unterschied zu allen anderen Bereichen der Jugendhilfe, die nach wie vor mehr oder minder deutlich von Frauen dominiert werden (insoweit kann man in punkto Mitarbeiter(innen)verteilung auch nicht ohne weiteres von einer männerdominierten Jugendarbeit sprechen).
- Vergleicht man die *Altersstruktur* der 13.914 Mitarbeiter/innen im Bereich der „Jugendzentren, Jugendfreizeitheime, Häuser der offenen Tür“ mit der gesamten Jugendhilfe, so fällt auf, daß die unter 35jährigen Personen hier gehäuft vertreten sind (über 50% sind allein zwischen 25 und 35 Jahre alt), während Mitarbeiter/innen ab dem 45. Lebensjahr unterrepräsentiert sind. Die Jugendarbeit läßt also auch bei den Hauptamtlichen Tendenzen einer möglichst generationsnahen Gleichaltrigenbeziehung erkennen.
- Was den Anteil *ausgebildeter* Personen anbelangt, so liegt die Jugendarbeit etwas unter dem Durchschnitt, was vor allem durch den erhöhten Anteil von Mitarbeiter(inne)n zu erklären ist, die sich noch in der Ausbildung befinden (13,5%), während der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Ausbildung im Schnitt liegt (12,5%).

- Nahezu 60% der Mitarbeiter/innen – und damit deutlich weniger als im Gesamtschnitt – sind in der Jugendarbeit *vollzeittätig*, während auffällig viele Personen nur nebenberuflich aktiv sind (davon steht allerdings ein großer Teil noch in der Ausbildung). Tendenzen einer Mitarbeiter(innen)fluktuation dürften darin auch ihren Grund haben.
- Fragt man nach dem Anteil der *sozialpädagogischen Fachkräfte* in der Jugendarbeit, so fällt sie mit knapp 40% deutlich ab gegenüber der gesamten Jugendhilfe (mit fast 60%), wenngleich unterstellt werden kann, daß ein Großteil der noch in Ausbildung befindlichen Personen ebenfalls hier hinzu gerechnet werden könnte. Dennoch gilt nach wie vor, daß das Personal in der Jugendarbeit zu einem großen Teil nicht-pädagogische Ausbildungen aufweist, insgesamt also eine vergleichsweise hohe fachliche Vielfalt und Heterogenität festzustellen ist.
- Angesichts dieser Tendenz ist es doch ein wenig überraschend, daß die Jugendarbeit eher zu den Bereichen mit einem erhöhten *Akademikeranteil* gehört (rund ein Drittel), was auf eine Trennung zwischen (akademisch-) pädagogisch qualifiziertem Fachpersonal und anderweitig ausgebildeten Mitarbeiter(inne)n – u.a. im hauswirtschaftlichen, technischen, handwerklichen und verwaltungsmäßigen Bereich – schließen läßt (knapp 25% des Personals sind in derartigen Bereichen tätig).
- Dennoch kann jede vierte in der Jugendarbeit tätige Person eine sozialpädagogische Diplom-Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität nachweisen; hinzu kommen noch Lehrer/innen (knapp 5%) und Erzieher/innen (13%). Damit verkörpern die „diplomierten Sozialpädagog(inn)en“ die quantitativ wichtigste Berufsgruppe in der Jugendarbeit.

Alle diese Daten beziehen sich auf die gemeinsame Arbeitsmarktlage in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit Ende des Jahres 1986. Wirft man darüber hinaus einen Blick auf die seit 1974 verfügbaren Daten der Jugendhilfestatistik (vgl. Tabelle 1) und damit auf die *Entwicklung der Personalstruktur in der Jugendarbeit* (vgl. Statistisches Bundesamt 1977, 1985, 1988), so fällt auf, daß (1) das Personal in diesem Bereich von knapp 13.000 (1974) auf über 21.000 Personen (1986) und damit auffällig stärker als im gesamten Feld der Jugendhilfe gestiegen ist, daß (2) sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten immens vermehrt hat (während er im Jugendhilfe-Schnitt sogar geringer geworden ist), daß (3) der Männeranteil zurückgegangen ist und damit die mitarbeitenden Frauen in der Jugendarbeit zugenommen haben, daß (4) vor allem die öffentlichen Träger personell zugelegt haben und daß sich schließlich (5) die gesamte Berufsstruktur in diesem Feld beträchtlich verschoben hat: Verfügte 1974 noch rund 40% des Personals über eine technische, kaufmännische, Verwaltungs- oder sonstige entsprechende Ausbildung, so waren dies 1986 nur noch 20%; und waren damals fast 7% der Mitarbeiter/innen Theologen sowie immerhin nahezu 8% Lehrer, so verschwinden erstere heute in 3% „sonstigen Akademikern“ und sind die Lehrer auf zuletzt 5% gesunken; andererseits hatten damals nur 10% eine sozialpädagogische Ausbildung, zu denen noch 5% ausgebildete Kindergärtnerinnen hinzukamen, während 1986 bereits 25% sozialpädagogisch Ausgebildete zuzüglich 13% Erzieher/innen zu verzeichnen waren – sozialpädagogische Berufe haben somit in der Jugendarbeit enorm an Terrain gewonnen.

Tabelle 1: In der Jugendarbeit beschäftigtes Personal von 1974-1986

	1.11.1974		31.12.1982		31.12.1986	
	Insg.	Frauen	Insg.	Frauen	Insg.	Frauen
Jugendhilfe insg.	222.674	84%	264.156	82%	300.292	82%
Jugendarbeit insg.	12.967	44%	16.738	52%	21.253	53%
<i>Art der Einrichtung:</i>						
Ju'zentren, Ju'freizeit- heime, H.d. off. Tür*	7.559	46%	10.331	48%	13.914	49%
Jugendheime**	3.629	32%	2.004	44%	1.572	50%
Ju'tagungs-/bild'stätten	1.779	57%	3.046	64%	4.118	63%
Päd'betr. Spielplätze etc.	/	/	1.317	63%	1.579	63%
<i>Träger der „Jugendarbeit“:</i>						
Öffentliche Träger	[3.617]	/	8.311	/	10.277	/
Freie Träger	[8.225]	/	8.404	/	10.906	/
Ju'verband/Ju'ring	4.365	/	3.850	/	3.817	/
<i>Tätigkeitsumfang:</i>						
Vollzeit	5.015	/	9.824	/	12.381	/
Teilzeit	1.810	/	3.246	/	4.991	/
Nebentätigkeit	6.142	/	3.668	/	3.881	/

Quelle: Statistisches Bundesamt (1977, 1985, 1988); eigene Berechnungen

* 1974 wurde diese Rubrik „Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Haus der Jugend, Jugendclub u.a.“ genannt.

** 1974 wurde diese Rubrik „Jugendverbandsheim, Jugendgruppenheim“ genannt und 1982 die hier zusammengefaßten Rubriken „Jugendraum“ und „Jugendheim“ getrennt ausgewiesen.

Allein diese Entwicklungen und Veränderungen zwischen 1974 und 1986 beschreiben für die Jugendarbeit der 70er und 80er Jahre einen deutlichen Prozeß zur *Verberuflichung und Verfachlichung* und damit auch eine Tendenz zu einer *Vereinheitlichung der Personalstruktur* (vgl. auch Böhnisch/Münchmeier 1987: 205). Und dieser Trend wird bei einem Blick auf die empirisch nicht so gut dokumentierten Zeiten davor noch verstärkt, wenn man bedenkt, daß Ende 1966 z.B. lediglich knapp 1.000 hauptberufliche Mitarbeiter in den Jugendverbänden gezählt worden sind (vgl. Zweiter Jugendbericht 1968: 36 f.; Die Mitarbeiter in der Jugendhilfe 1968: 95). Daraus folgt, daß spätestens mit der hochschulmäßigen Qualifizierung von Jugendarbeiter(inne)n und dem stellenmäßigen Ausbau beruflicher Jugendarbeit professionelle Ansprüche in dieses Feld implementiert wurden. Allerdings, so vermerken Böhnisch/Münchmeier zu Recht: „In dieser Zunahme der Verpflichtung auf Fachlichkeit liegt freilich nichts, das für das Arbeitsfeld ‚Jugendarbeit‘ typisch und exklusiv wäre. Vielmehr finden sich seit Mitte der sechziger Jahre in allen Bereichen des Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwesens Modernisierungsversuche, die auf Qualifizierung des ‚Personals‘ und Fachlichkeit des Handelns setzen“ (ebd.: 206; vgl. dazu auch Rauschenbach/Bendele/Trede 1988). Innerhalb dieses Modernisierungsprozesses ist die Jugendarbeit allerdings noch nicht am Ende ihrer Entwicklung angelangt.

Perspektiven

Durch die in den letzten 20 Jahren in Gang gekommene Verberuflichung von Teilen der Jugendarbeit dringen erst in jüngster Zeit die arbeitsfeldtypischen Problemlagen der ausgebildeten und erwerbstätigen Jugendarbeiter/innen stärker ins Bewußtsein. Einige lassen sich, wenigstens kursorisch, benennen.

Jugendarbeit lebte seit jeher von der Idee und dem Anspruch eines jugendgemäßen, also eines alters- und lebensphasennahen pädagogischen Selbstverständnisses (vgl. etwa Dehn 1929). Schon deshalb liegt es nahe, daß vergleichsweise junge Sozialpädagoge(inn)en sich für dieses Arbeitsfeld interessieren. Die damit verknüpften Probleme einer erhöhten Zahl von Berufsanfänger(inne)n einerseits und schwindender beruflicher Perspektiven mit der eigenen „Ablösung“ aus den stets sich neu entwickelnden Jugendkulturen andererseits sind jedoch unübersehbar. Neuere Studien deuten zumindest darauf hin, daß Jugendarbeit eines der wenigen „klassischen“ sozialpädagogischen Felder darzustellen scheint, das noch für Berufsanfänger/innen reale Arbeitsmarktperspektiven eröffnet (vgl. etwa Bahnmüller u.a. 1988: 103 ff.). Damit einher geht aber nicht nur die Problematik eines vergleichsweise hohen Anteils an Berufsunerfahrenheit, sondern auch der erhöhten Fluktuation – als Folge des mangelnden direkten Zugangs für die Berufsanfänger/innen in andere Felder: Jugendarbeit wird so zu einer Art Sprungbrett, zu einem beruflichen Durchgangsstadium (vgl. ebd.: 193 ff.). Diese Tendenz wird noch verstärkt durch den Umstand, daß Aufstiegsmöglichkeiten und attraktive Perspektiven – etwa im Hinblick auf die Bezahlung oder einem anderen Aufgabenbereich mit größerer Verantwortung – in der Jugendarbeit selbst nicht sehr breit gestreut sind: Aufstiegsanreize können mithin kaum eine kontinuierlich sichernde Wirkung erzielen.

Diese beiden Faktoren, eingeschränkte Aufstiegsmöglichkeiten und mangelnde berufliche Perspektiven auf der einen Seite, eher abnehmende Gemeinsamkeiten einer mit den nachwachsenden Jugendlichen geteilten Lebenswelt auf der anderen Seite, führen dazu, daß das *Alterwerden in der Jugendarbeit* ein bereits frühzeitig erkanntes Problem war (vgl. etwa Klieme 1965: 278; Kreckl 1968: 277), das in jüngster Zeit wieder neu und intensiver erörtert wird (vgl. Böhnisch/Münchmeier 1987: 213). Neben den arbeitsfeldimmanenten Neuorientierungen wird infolgedessen vielfach die Frage eines Arbeitsfeldwechsels virulent. Hierfür müssen ebenfalls bislang eher unberührte Pfade einer gezielten sozialpädagogischen Fort- und Weiterbildung, die neue Perspektiven im erlernten Beruf, jedoch in anderen Aufgaben und Feldern eröffnet, beschritten und erprobt werden.

Angesichts dieser Gesamtentwicklung scheint auf die Träger der Jugendarbeit an beiden Enden der Berufsphase ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter/innen künftig eine besondere Aufgabe der Qualifizierung zuzukommen: eine Starthilfe und arbeitsaufgabenspezifische Einlernphase am Berufsanfang einerseits und Hilfestellungen zur beruflichen Umorientierung bei dem Wunsch, das Arbeitsfeld Jugendarbeit mit der größer werdenden Distanz zu den Jugendlichen ggfs. auch wieder zu verlassen, andererseits. Und genau in diesen Aufgaben aber liegen konkrete, bislang nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten einer verbesserten Kooperation und engeren Verzahnung von (Jugendarbeiter-)Ausbildungsstätten und Jugendarbeitspraxis, kurz: von Ausbildung und Beruf.

Literatur

- Bahn Müller, R. u.a. 1988: Diplom-Pädagogen auf dem Arbeitsmarkt, Weinheim/München.
- Bäumer, G. 1929: Die sozialpädagogische Erzieherchaft und ihre Ausbildung, in: Nohl, H./Pallat, L. (Hg.), Handbuch der Pädagogik. Fünfter Band: Sozialpädagogik, Langensalza, S. 209-226.
- Besser, L. 1965: Jugendleiterin (Sozialpädagoge) (Blätter zur Berufskunde 2 – IV A 31), Bielefeld.
- Böhnisch, L./Münchmeier, R. 1987: Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für die Ausbildung, Fortbildung und Praxis, Weinheim/München.
- Böhnisch, L. u.a. 1980: Trendanalyse zur Entwicklung der Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jugendarbeit – Mädchen in der Jugendarbeit – Gewerkschaftliche Jugendbildung, Materialien zum Fünften Jugendbericht, München, S. 15-171.
- Classen, W. 1913: Ausbildungskurse für Leiter und Helfer in Jugendheimen und Jugendvereinen, in: Duensing (1913), S. 841-844.
- Dehn, G. 1929: Jugendpflege, in: Nohl, H./Pallat, L. (Hg.), Handbuch der Pädagogik. Fünfter Band: Sozialpädagogik, Langensalza, S. 97-113.
- deutsche jugend 1959: Hat der Bundesjugendplan die sozialpädagogischen Ausbildungsfragen vorwärtsgebracht? in: deutsche jugend, 7. Jg., S. 61-67.
- Die Mitarbeiter in der Jugendhilfe 1968. Bericht vom 3. Deutschen Jugendhilfetag in Stuttgart (Band 15 der Schriftenreihe der AGJJ), München.
- Die preußischen Ministerialerlasse betr. Jugendpflege (vom 18. Januar 1911 und vom 30. April 1913) 1913, in: Duensing (1913), S. 853-864.
- Duensing, F. (Hg.) 1913: Handbuch der Jugendpflege (herausgegeben im Auftrag der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge), Langensalza.
- Faltermaier, M. 1950: Jugendarbeit und Jugendring, in: Lades, H./Scheck, F./Stippel, F. (Hg.), Handbuch der Jugendwohlfahrt, München/Düsseldorf, S. 257-259.
- Flitner, A. 1968: Die Mitarbeiter in der Jugendhilfe, in: Die Mitarbeiter in der Jugendhilfe (1968), S. 21-44.
- Giesecke, H. 1981: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München.
- Hasenclever, C. 1957: Zur Frage der Dozenten an den sozialen Schulen, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 311-317.
- Hasenclever, C. 1965: Zur Neuordnung der sozialpädagogischen Ausbildungswege, in: deutsche jugend, 13. Jg., S. 259-265.
- Hirtsiefer, H. (Hg.) 1930: Jugendpflege in Preußen, Eberswalde.
- Jaeger, M. 1913: Die Ausbildung von Jugendpflegern im Anschluß an den Wartburg-Verein in Frankfurt a.M., in: Duensing (1913), S. 835-841.
- Klieme, J. 1965: Zur Ausbildung hauptamtlicher Mitarbeiter in der außerschulischen Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 13. Jg., S. 272-278.
- Knierim, A./Trede, W. 1988: Das erziehungswissenschaftliche Diplomstudium in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Befragung von Prüfungsämtern, in: Bundesarbeitsgemeinschaft der Diplom-Pädagogen (Hg.), Die Ausbildungssituation im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft. Eine Dokumentation der Studien-gangsprofile bundesdeutscher Hochschulen, Essen, S. 5-22.
- Kreckl, F. 1965: Kritische Anmerkungen zur Ausbildung der Sozialarbeiter, in: deutsche jugend, 13. Jg., S. 266-271.
- Kreckl, F. 1968: Reform der Ausbildung für Fachkräfte in der Jugendhilfe, in: deutsche jugend, 16. Jg., S. 270-277.
- Kreutz, H./Landwehr, R./Wuggenig, U. 1979: Ausbildung für Fachkräfte der Jugendbildung. Situation-Entwicklungen-Tendenzen, in: Kreutz, H. u.a., Ausbildung und Fortbildung für Fachkräfte der Jugendhilfe, München, S. 13-227.
- Lades, H. 1957a: Die Ausbildung von hauptamtlichen Mitarbeitern in der Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 167-173.

- Lades, H. 1957b: Wird der Bundesjugendplan die Ausbildungsfragen vorwärtsbringen? in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 323-326.
- Latke, H. 1957: Die Ausbildung hauptamtlicher Jugendhelfer an einer Schule für Soziale Arbeit, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 303-307.
- Mann, G.v. 1957: Akademie der Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 317-319.
- Mayer-Kulenkampff, L. 1957: Die Fortbildung hauptberuflicher Kräfte in der Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 308-311.
- Müller-Schöll, A. 1957: Die Ausbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter, in: deutsche jugend, 5. Jg., S. 511-515.
- Pfaffenberger, H. 1971: Jugendpfleger (Blätter zur Berufskunde 2 – IV A 32), Bielefeld.
- Pfaffenberger, H. 1986: Diplom-Sozialpädagoge/Diplom-Sozialpädagogin – Diplom-Sozialarbeiter/Diplom-Sozialarbeiterin (Blätter zur Berufskunde 2-IV A 30), Bielefeld.
- Rauschenbach, Th. 1990: Jugendhilfe als Arbeitsmarkt. Fachschul-, Fachhochschul- und Universitätsabsolvent(inn)en in sozialen Berufen, Expertise zum Achten Jugendbericht, erscheint in: Sachverständigenkommission Achten Jugendbericht (Hg.), Lebensverhältnisse Jugendlicher. Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase, Band 1, München.
- Rauschenbach, Th./Bendele, U./Trede, W. 1988: Mitarbeiter in der Jugendhilfe. Struktur und Wandel des Personals in sozialen Diensten, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 19 (1988), Heft 3, S. 163-197.
- Richter, K. 1932: Jugendführer(-innen) und Jugendpfleger(-innen) und ihre Aus- und Fortbildung, Berlin.
- Sachße, C. 1986: Mütterlichkeit als Beruf, Frankfurt/M.
- Samter, H. 1913: Die staatlichen Veranstaltungen zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern, in: Duensing (1913), S. 844-853.
- Siegel, E. 1961: Sozialpädagogische Berufe, in: Groothoff, H.-H./Stallmann, M. (Hg.), Pädagogisches Lexikon, Stuttgart, S. 901-904.
- Siemering, H. 1931: Die Tätigkeit von Staat und Gemeinde auf dem Gebiete der Jugendpflege, in: Siemering, H. (Hg.), Die Deutschen Jugendverbände. Ihre Ziele, ihre Organisation sowie ihre neuere Entwicklung und Tätigkeit, Berlin, S. 385-428.
- Statistisches Bundesamt 1977: Fachserie K: Öffentliche Sozialleistungen, Reihe 2 „Öffentliche Jugendhilfe“, Sonderbeitrag „Personal in der Jugendhilfe 1974“, Stuttgart/Mainz.
- Statistisches Bundesamt 1985: Fachserie 13: Sozialleistungen, Reihe 6.3 „Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe 1982“, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt 1988: Fachserie 13: Sozialleistungen, Reihe 6.3 „Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe 1986“, Wiesbaden.
- Westphal, H. 1959: Was erwarten wir für die Aufgaben der Jugendbildung und des Jugendgemeinschaftslebens von der Ausbildung, in: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge, 1959, Heft 29, S. 18-19.
- Zeit, H. 1962: Die Jugendarbeit blieb am Rande. Kritische Anmerkungen zur Ausbildungsreform der Sozialarbeiter, in: deutsche jugend, 10. Jg., S. 507-512.
- Zweiter Jugendbericht 1968: Zweiter Bericht über die Lage der Jugend und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, Bonn.